

Kurzfassung der Dissertation *“Income Shifting, Digitalization, and Tax Policy”* von Daniel Klein zur Einreichung für den Matthias-Erzberger-Wissenschaftspreis 2023

Das internationale System der Unternehmensbesteuerung wurde in den vergangenen Jahren häufig dahingehend kritisiert, dass es den Herausforderungen einer globalisierten und digitalisierten Welt nicht gewachsen sei. Das derzeitige System ermögliche es multinationalen Unternehmen, einen großen Teil ihrer Steuerzahlungen durch die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage oder Gewinnverschiebungen zu vermeiden, was den Verlust von staatlichen Steuereinnahmen zur Folge habe. Diese Entwicklung hat zu einer Reihe von Reformvorschlägen geführt, die darauf abzielen, den derzeitigen Ansatz der Unternehmensbesteuerung grundlegend zu verändern (z.B. Digitalsteuern, globale Mindestbesteuerung). Gleichzeitig nutzen Regierungen das inländische Steuersystem dafür, Unternehmen und Investitionen anzuziehen, indem Steueranreize oder verringerte Steuersätze implementiert werden, wodurch es zu einer willentlichen Verringerung der Steuerschuld multinationaler Unternehmen kommt. Vor dem Hintergrund dieses Spannungsfeldes in der internationalen Unternehmenssteuerpolitik untersucht die vorliegende, kumulative Dissertation empirisch in vier unabhängigen Kapiteln folgende Forschungsfragen:

1. Wie groß ist das Ausmaß der steuerlich motivierten Gewinnkürzungen und -verschiebungen und wie hat sich dieses im Laufe der Zeit entwickelt?
2. Ist die digitale Transformation ein entscheidender Faktor für die effektive Steuerplanung von multinationalen Unternehmen?
3. Wie reagieren Investoren auf Unternehmenssteuerreformen, die speziell auf die Vermeidung von Gewinnverschiebungen digitaler Unternehmen ausgerichtet sind?
4. Hat die Unternehmenssteuerpolitik in Industrieländern einen unbeabsichtigten Effekt auf die Wirtschaftstätigkeit in Entwicklungsländern?

Die belastbare Messung des Ausmaßes von Gewinnverschiebungen im Zeitverlauf ist eine notwendige Voraussetzung für die Bewertung von Vorschlägen zur Reform des internationalen Steuersystems. Anhand von drei Indikatoren, die die OECD in ihrem Abschlussbericht "Measuring and Monitoring BEPS, Action 11" vorgestellt hat, wird in Kapitel 2 der Dissertation quantitativ aufgezeigt, dass vereinfachte und aggregierte Indikatoren nur begrenzte Erkenntnisse zum Ausmaß und Verlauf von Gewinnverschiebungen liefern können und mit einer Reihe von Mängeln behaftet sind. Gleichzeitig wird gezeigt, dass Identifikationsstrategien

basierend auf Mikrodaten ein besser geeignetes Instrument sind, um das Ausmaß der Steuervermeidung zu quantifizieren und politischen Entscheidungsträgern klare und ganzheitliche Erkenntnisse zu liefern.

Neben der Untersuchung der bloßen Existenz von Gewinnverlagerungen besteht ein weiteres Ziel der empirischen Steuerforschung darin, die Determinanten dieser Verlagerungen zu ermitteln. Kapitel 3 der Dissertation zeigt, dass die Digitalisierung von Unternehmen ein wichtiger Faktor für die effektive Steuerplanung ist. Mit Hilfe eines neuartigen Digitalisierungsindexes, der den Zugang von Unternehmen zu Informations- und Kommunikationstechnologien erfasst, wird dargelegt, dass der Grad der Digitalisierung positiv mit der Steuersensitivität der ausgewiesenen Unternehmensgewinne zusammenhängt.

Vor allem die Digitalisierung hat zu einer intensiven politischen und wissenschaftlichen Debatte darüber geführt, wie die Grundsätze der Unternehmensbesteuerung an die digitale Wirtschaft angepasst werden können. Die Studie in Kapitel 4 der Dissertation analysiert die Reaktion der Kapitalmärkte auf die im März 2018 veröffentlichten Vorschläge der Europäischen Kommission zur Einführung einer Digitalsteuer. In der empirischen Analyse wird eine signifikante Verringerung des Unternehmenswertes digitaler Firmen festgestellt. Weitere Analysen zeigen, dass die Absicht der Europäischen Kommission Steuereinnahmen zu sichern und standortspezifische Steuereinnahmen zu erzielen, durch eine Digitalsteuer erreicht werden könnten. Diese jedoch gleichzeitig politischen Initiativen zur Förderung eines attraktiven Investitionsklimas widerspricht und das Kernziel der EU, Innovation und Wirtschaftswachstum zu fördern, beeinträchtigt.

Trotz der politischen Reformvorschläge zur Unterbindung der Steuervermeidung nutzen politische Entscheidungsträger das inländische Steuersystem, um Unternehmensinvestitionen durch Steueranreize oder niedrigere Steuersätze anzuziehen. In einer umfangreichen Literatur wird der Effekt von inländischen Steuerreformen auf inländische Investitionen und die Anziehung ausländischer Direktinvestitionen untersucht. Die Studie in Kapitel 5 der Dissertation erweitert diese Literatur und zeigt, dass multinationale Unternehmen Steuersatzsenkungen in ihren Heimatländern nutzen, um Investitionen in ausländischen Entwicklungsländern durchzuführen. So hat die graduelle Senkung des Körperschaftsteuersatzes in Großbritannien zu einer verstärkten Präsenz britischer Unternehmen in Afrika geführt. Weitere Analysen zeigen, dass diese Investitionen positive Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft und den Beschäftigungsgrad haben. Insgesamt bedeutet dies, dass steuerpolitische Entscheidungen in Industrieländern, zu ökonomischen Effekten in Entwicklungsländern führen können.